



Nr. 1/2014

Januar

### Online-Handel hat Folgen für die Innenstädte

- ❑ **Online-Handel hat Folgen für die Innenstädte.** Seite 1
- ❑ **Musterklage der Stadt Amberg gegen den Zensus.** Seite 3
- ❑ **Personelle Verbesserungen für stationäre Pflegeeinrichtungen.** Seite 4
- ❑ **Hilfestellungen aus der Praxis für die Jugendhilfe.** Seite 5
- ❑ **EU-Parlament verabschiedet Richtlinien zum Vergaberecht.** Seite 6
- ❑ **Neue Mitglieder: Bad Endorf, Erben-dorf, Hallbergmoos, Seefeld.** Seite 7

Die Attraktivität der Innenstadt wird maßgebend durch einen funktionierenden Einzelhandel bestimmt. Dabei ist der stationäre kleinflächige Einzelhandel zunehmender Konkurrenz ausgesetzt.

Konkurrenz besteht zwischen mittelständischen Betrieben und großen Ketten. Konkurrenz besteht durch den großflächigen Einzelhandel, seien es die Möbelmärkte auf der „grünen Wiese“, die als Randsortiment innenstadt-relevante Sortimente anbieten, oder seien es Agglomerationen kleinflächigen Einzelhandels in „City-Centern“. Konkurrenz besteht schließlich zum Versandhandel. Lässt sich die Ansiedlung des großflächigen Einzelhandels durch das Einzelhandelsziel noch steuern, ist eine Steuerung beim Versandhandel nicht möglich. Der Versandhandel hat keine Verkaufsflächen und ist weitgehend vom Standort unabhängig.

Der Versandhandel ist keine neue Erscheinungsform. So ist der Katalogversandhandel bereits wieder stark rückläufig. Dagegen ist der Online-Versandhandel – gestärkt durch die breite Verfügbarkeit des Internetzugangs – auf dem Vormarsch. Die Wirtschaftswoche schreibt, Amazon setze Standards in Sachen Kundenfreundlichkeit und Preis. Man möchte hinzufügen „und in Sachen des Datensammelns“. Dem Verbraucher muss klar sein: Die Preisdifferenz wird auch durch die Weitergabe persönlicher Daten bezahlt.

#### Impressum

#### Herausgeber:

Bayerischer Städtetag, Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
Prannerstraße 7, 80333 München

Briefanschrift: Postfach 10 02 54, 80076 München,  
Tel. 089/29 00 87- 0, Fax: 089/29 00 87- 70

E-Mail: [post@bay-staedtetag.de](mailto:post@bay-staedtetag.de)

Internet: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de)

Verantwortlich: Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Bernd Buckenhofer

Druck: Offprint, Planegger Straße 121, 81241 München

Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Eine von Prof. Dr. Gerrit Heinemann von der Hochschule Niederrhein betreute Studie prognostiziert für 2023, dass jeder vierte Euro im Handel ins Netz fließt. Während die Lage für den stationären Einzelhandel in den Großstädten (über 100.000 Einwohner) entspannt bleibe, sei in den Mittel- und Grundzentren bis 2023 mit einem Rückgang des Flächenumsatzes von über dreißig Prozent zu rechnen.

Stationäre Händler können dem Wettbewerbsdruck oftmals nicht mehr standhalten. Es entstehen Leerstände, die sich auf das Innenstadtbild auswirken und diese auch für Wettbewerber unattraktiver machen. Mit zunehmendem Leerstand nimmt die Kundenfrequenz in den Innenstädten ab. Lebensmittelversorger verlieren die Laufkundschaft, orientieren sich hinaus an den Stadtrand. Die älter werdende Gesellschaft kann allerdings den Lebens-

mitteldiscounter im Gewerbegebiet am Stadtrand zu Fuß nicht mehr erreichen. Die Städte tun sich zu diesem Zeitpunkt schwer, gegenzusteuern. Schaffen sie dies nicht, ist als Folge eine Abwanderung zumeist der jungen Menschen zu beobachten.

Städte müssen ihre Stadtzentren attraktiv halten. Dabei müssen sie private Investoren und Bürger ins Boot holen. Die Modellkommunen des Städtebauförderungsprojekts „Ort schafft Mitte“ haben Lösungswege aufgezeigt. Auch andere Städte brauchen Unterstützung. Denn in aller Regel geht die belastete Einzelhandelssituation in den Innenstädten mit belasteten kommunalen Haushalten einher. Die Mittel der Städtebauförderung müssen nicht zuletzt deswegen dringend angehoben werden.

*Kontakt: [florian.gleich@bay-staedtetag.de](mailto:florian.gleich@bay-staedtetag.de)*

## Änderungen der Geschäftsstelle

Der bisherige Referent für Personal und Organisation, Wolfgang Springer, tritt Ende Januar in den Ruhestand. Nachfolgerin ist Andrea Gehler, bisherige Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel. Frau Gehler ist seit 1. Januar 2014 Referentin für Personal, Organisation und Europa im Bayerischen Städtetag. Auch in der Assistenz gibt es einen Wechsel: Gabriele Ulrich geht zum 1. April 2014 in Ruhestand, ihr folgt Elke Fischbach.

Die Referentin für Planen, Monika Geiß, hat ihre Elternzeit angetreten. Die Vertretung übernimmt der Referent für Bauen, Florian Gleich. Er ist seit 1. Januar 2014 Referent für Planen und Bauen.

Für die Bereiche Rettungsdienst und Feuerwehr ist neu zuständig die Referentin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Claudia Ganslmeier.

Außerdem gibt es neue Zuständigkeiten für interne Bereiche wie Mitgliederverwaltung, Berufungen und Abordnungen und Organisation der Verbandsveranstaltungen. Einzelheiten stehen im Geschäftsverteilungsplan im Internet: [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de), *Wir über uns, Geschäftsstelle*.

Zensus 2011

## Stadt Amberg reicht Musterklage gegen Zensus ein

**Die Stadt Amberg hat sich nach intensiven Besprechungen im Vorfeld bereit erklärt, stellvertretend für klagende Städte und Gemeinden in Bayern eine Musterklage gegen die Ergebnisse des Zensus 2011 einzureichen.**

Ende Dezember 2013 ist für die letzten bayerischen Städte und Gemeinden die Klagefrist gegen die Zensusbescheide abgelaufen. Mit den Bescheiden des Statistischen Landesamtes wurden den Kommunen neue Einwohnerzahlen mitgeteilt. Etwa 65 Prozent der bayerischen Städte und Gemeinden haben weniger Einwohner als nach der bisherigen amtlichen Fortschreibung, die auf der Volkszählung von 1987 beruht. In Einzelfällen sind dies 10 Prozent und mehr der bisher festgestellten Einwohnerzahl. Die amtliche Einwohnerzahl hat für die Kommunen eine hohe Bedeutung. In etwa 50 Rechtsvorschriften wird hierauf abgestellt. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Finanzausgleich.

In der überwiegenden Mehrzahl der Städte und Gemeinden sind die Abweichungen zwischen der vom Zensus festgestellten Einwohnerzahl und der Zahl in Melderegistern gering. Allerdings haben 54 bayerische Städte und Gemeinden gegen den Zensusbescheid Klage beim jeweils zuständigen Verwaltungsgericht erhoben. Darunter sind 48 Städte und Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohner. Diese Unterscheidung ist wichtig, da für Städte und Gemeinden über und unter 10.000 Einwohner unterschiedliche Methoden zur Ermittlung der neuen Einwohnerzahlen zur Anwendung kamen. Nach den vorliegenden Zensusergebnissen liegen die neuen Einwohnerzahlen im Durchschnitt bei den Städten und Gemeinden über 10.000 Einwohner weiter von den tatsächlichen Einwohnerzahlen der Meldeämter entfernt als bei den Kommunen

unter 10.000 Einwohner. Studien belegen, dass dieser Effekt durch die Methode der Haushaltsstichprobe mit mathematischer Hochrechnung entstanden ist. Die klagenden Kommunen machen insoweit eine interkommunale Ungleichbehandlung und eine Verletzung ihres kommunalen Selbstverwaltungsrechts geltend.

Für die bei Kommunen über 10.000 Einwohner angewendete Haushaltsstichprobe hat der Bundesgesetzgeber in das Zensusgesetz ein anzustrebendes Qualitätskriterium aufgenommen. Dies war erforderlich, da eine Stichprobe nie zu hundertprozentigen Ergebnissen führen kann. Allerdings wurde beim Zensus 2011 dieses Qualitätskriterium bei 63 Prozent aller Städte und Gemeinden in Deutschland verfehlt. Die Städte und Gemeinden monieren die unzureichende Begründung der Bescheide und die fehlende Transparenz des Stichprobenverfahrens. Sie bemängeln, dass die Ermittlung der Einwohnerzahlen weder nachprüfbar noch nachvollziehbar ist.

Die Klagen wurden zunächst fristwährend ohne Begründung eingereicht. Da die Klagebegründung nahezu in allen Fällen gleichlautend sein dürfte, wird ein Musterverfahren angestrebt. Die betroffenen Städte und Gemeinden haben sich intensiv untereinander beraten. Das Statistische Landesamt war hierbei mit einbezogen. Die Stadt Amberg hat sich bereit erklärt, die Musterklage zu führen. Derzeit wird die Klagebegründung ausgearbeitet und anschließend beim Verwaltungsgericht Regensburg eingereicht. Die Erfolgsaussichten der Klagen sind schwer einzuschätzen, da die Kommunen absolutes Neuland betreten. Eine registergestützte Volkszählung hat es bislang in Deutschland noch nicht gegeben.

Kontakt: [richard.stelzer@bay-staedtetag.de](mailto:richard.stelzer@bay-staedtetag.de)

Auf Kommunen kommen höhere Kosten zu

## Personelle Verbesserung für stationäre Pflegeeinrichtungen

**Der Bayerische Städtetag hat die Verhandlungen in der Landespflegesatzkommission mit dem Ziel unterstützt, die Situation in den stationären Pflegeheimen für die pflegebedürftigen alten Menschen und für das Pflegepersonal zu verbessern. Auf der anderen Seite müssen die Bezirke nun als Kostenträger der Hilfe zur stationären Pflege jetzt auch mehr Mittel zur Verfügung stellen. Damit sind auch die kreisfreien Städte, Landkreise (und damit auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden als Umlagezahler) betroffen.**

Nach längeren Verhandlungen hat die Landespflegesatzkommission am 18. Dezember 2013 einstimmig beschlossen, dass künftig in den Einrichtungen mehr Pflegepersonal, mehr Personal für die Hauswirtschaft und für die Verwaltung beschäftigt werden kann.

Damit diese Verbesserungen auch tatsächlich bei den Pflegebedürftigen ankommen, wurde als Voraussetzung vereinbart, dass die aktuellen maximalen Pflegepersonalschlüssel ausgeschöpft sind oder noch ausgeschöpft werden. Das heißt: Es wird ein Anreiz gesetzt, dass die Pflegeeinrichtungen mit den Kostenträgern neben dem neuen Zusatzpersonal auch die bisher schon möglichen Personalverbesserungen vereinbaren.

Angesichts des seit Einführung der sozialen Pflegeversicherung deutlich gestiegenen Alters und des gesundheitlichen Zustands vieler Pflegebedürftiger in den Einrichtungen ist dies fachlich notwendig. Andererseits treffen die Kommunen damit letztlich auch wieder höhere Kosten für die Sozialhilfe.

Zu befürchten ist allerdings: Vor allem in Ballungsräumen, aber auch bereits in eher ländlichen Gebieten, stehen nicht genügend Fachkräfte am Arbeitsmarkt zur Verfügung. Jedoch sollen mit diesen Maßnahmen auch die Arbeitsbedingungen für das Personal in den Einrichtungen verbessert werden, so dass mittelfristig der Pflegeberuf insgesamt wieder attraktiver werden soll.

Durch die Neuerung können Pflegeeinrichtungen ab 1. Januar 2014 und in einem zweiten Schritt ab 1. Januar 2016 ihr Pflegepersonal auf einen Durchschnittspersonalschlüssel von derzeit 1:2,4 auf 1:2,2 verbessern. Damit steht rechnerisch für 2,2 Heimbewohner eine Pflegekraft zur Verfügung.

Insgesamt können die bayerischen Pflegeeinrichtungen damit rund 1.600 neue Stellen schaffen. Der Bayerische Bezirkstag rechnet dadurch mit einer Erhöhung der Kosten eines Pflegeheimplatzes um durchschnittlich 160 Euro im Monat. Für die derzeit rund 33.000 Empfänger von Leistungen der Sozialhilfe in stationären Pflegeeinrichtungen entstehen dadurch landesweit Mehrkosten von rund 64 Millionen Euro.

*Kontakt: [julius.forster@bay-staedtetag.de](mailto:julius.forster@bay-staedtetag.de)*

Steigende Ausgaben in der Jugendhilfe

## Hilfestellung aus der Praxis für die Praxis

**Der Sozialausschuss des Bayerischen Städtetags hat ein Arbeitspapier zum Thema Jugendhilfeausgaben und beeinflussbare Größen herausgegeben. Neben den umfangreichen Ausarbeitungen auf Bundes- und Landesebene soll damit eine Hilfestellung aus der Praxis für die Praxis geleistet werden.**

In den letzten zehn Jahren sind erhebliche Kostensteigerungen aufgetreten. Das Arbeitspapier versucht, diejenigen Faktoren herauszuarbeiten, die helfen können, die zur Verfügung stehenden Mittel möglichst wirksam einzusetzen. Dazu gehören bedarfsgerechte Prävention und frühzeitige Bedarfserkennung bereits in den Regelsystemen Kita und Schule.

Erforderlich ist darüber hinaus eine umfassende Jugendhilfeplanung und eine ziel- und wirkungsorientierte Steuerung im Jugendamt. Dazu wiederum ist eine personell-fachliche Mindestausstattung erforderlich, die zum Beispiel mit dem Personalbemessungsinstrument PeB erreicht werden kann.

Der Vorstand des Bayerischen Städtetags hatte den Sozialausschuss gebeten, zum Thema „Jugendhilfeausgaben – beeinflussbare Größen“ eine Empfehlung abzugeben. Der Vorstand hat dieses Papier am 5. November 2013 zustimmend zur Kenntnis genommen und den Sozialausschuss gebeten, das Thema weiterhin aufmerksam zu verfolgen und das Papier entsprechend weiter zu entwickeln. Daher wurden die bereits informierten Mitgliedstädte des Bayerischen Städtetags und die betroffenen

Jugendämter gebeten, Änderungen und Ergänzungswünsche zur Aktualisierung mitzuteilen.

*Kontakt: [julius.forster@bay-staedtetag.de](mailto:julius.forster@bay-staedtetag.de)*

## Kommunaler Klimaschutz

Beim bundesweiten Wettbewerb „Kommunaler Klimaschutz 2013“ wurde in der Kategorie: „Kommunales Energie- und Klimaschutzmanagement“ die Stadt Nürnberg für das Projekt „Innendämmung denkmalgeschützter Gebäude“ ausgezeichnet. Nürnberg nimmt beim Thema energetische Sanierung denkmalgeschützter Gebäude durch den systematischen Einsatz von Innendämmung eine Vorreiterrolle ein. In einem Pilotprojekt konnte die Stadt den Erfolg ihrer Vorgehensweise belegen. Seither ist das Verfahren zu einem festen Element von Sanierungsplänen geworden. Insgesamt werden in Nürnberg schon 30 Innendämmprojekte erfolgreich umgesetzt. Dadurch erzielt die Stadt eine CO<sub>2</sub>-Einsparung von rund 120 Tonnen jährlich.

*Kontakt: [claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de](mailto:claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de)*

Europäisches Parlament reagiert auf kommunale Vorschläge

## Richtlinienpaket zum EU-Vergaberecht verabschiedet

Am 15. Januar 2014 hat das Plenum des Europäischen Parlaments das Richtlinienpaket zum Vergaberecht endgültig verabschiedet. Den Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände ist es mit zu verdanken, dass im Laufe der Beratungen doch noch durchaus kommunalfreundliche Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Kommissionsvorschlag erreicht werden konnten.

Das verabschiedete Paket umfasst die Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe (Vergabekoordinierungsrichtlinie), die Richtlinie über die Konzessionsvergabe (Konzessionsrichtlinie) und die Richtlinie über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste (Sektorenrichtlinie).

Wie bereits im Informationsbrief 9/2013 des Bayerischen Städtetags berichtet, konnten Richtlinienvorschläge der Europäischen Kommission zur Konzessionsrichtlinie, die eine Liberalisierung der Wasserversorgung befürchten ließen, nicht zuletzt durch den Einsatz der kommunalen Spitzenverbände und der großen Beteiligung der europäischen Bevölkerung verhindert werden.

Der Binnenausschuss stimmte bereits am 5. September 2013 zu, den Wasserbereich und auch den Rettungsdienst aus dem Anwendungsbereich der Konzessionsrichtlinie herauszunehmen. Diese Ausnahmenregelung wurde nun durch das EU-Parlament bestätigt. Zumindest im Vergabebereich wurde derzeit ein Schlussstrich unter diese Liberalisierungsdiskussion gesetzt.

Positiv ist aus Sicht des Bayerischen Städtetags auch zu werten, dass die Ausschreibungsfreiheit von Kommunalkrediten weiterhin erhalten bleibt.

Die Richtlinien treten nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft und sind innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umzusetzen. Es liegt am deutschen Gesetzgeber, diese kommunalfreundlichen Tendenzen im weiteren Umsetzungsverfahren fortzuführen.

Kontakt: [claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de](mailto:claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de)

Sie können den INFORMATIONSBRIEF auch elektronisch beziehen: Unter [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de) gehen Sie rechts auf der Startseite auf das blau unterlegte Feld „Elektronischer Abodienst“ und klicken „Informationsbrief und PR-Mitteilungen“ an, um sich anzumelden.



## Vier neue Mitglieder im Bayerischen Städtetag

Der Bayerische Städtetag hat seit Januar vier neue Mitglieder: Markt **Bad Endorf** (Landkreis Rosenheim), Stadt **Erbendorf** (Landkreis Tirschenreuth), Gemeinde **Hallbergmoos** (Landkreis Freising), Gemeinde **Seefeld** (Landkreis Starnberg).

Der Bayerische Städtetag ist der Verband der zentralen Orte Bayerns. Städte und Gemeinden können sich freiwillig zur Mitgliedschaft entscheiden. Neben den 25 kreisfreien Städten und den 29 Großen Kreisstädten sind auch weitere kreisangehörige Städte, Märkte und Gemeinden Mitglied. Die Bandbreite der Städtetagsmitglieder reicht von Gemeinden mit knapp 3.000 Einwohnern bis zur Landeshauptstadt München mit 1,3 Millionen Einwohnern. In den Mitgliedstädten des Städtetags wohnen über 6,7 Millionen Menschen – das ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung Bayerns.

Das Geschäftsführende Vorstandsmitglied Bernd Buckenhofer: „Der Bayerische Städtetag bildet ein festes Netzwerk: Die Mitglieder finden im Bayerischen Städtetag ein Forum zum gegenseitigen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Der Städtetag misst der Stärkung der zentralen Orte im ländlichen Raum eine besondere Bedeutung zu. Die Mitwirkung der vier neuen Mitglieder im Verband der zentralen Orte bringt uns eine wichtige Verstärkung.“

## Persönliche Nachrichten

### Verstorben

ist der Finanzreferent und Pressesprecher der Stadt Schweinfurt, **Martin Baldauf**.

### Geburtstage

Im Januar 2014 feiern

den 75. Geburtstag: Bürgermeister **Peter Weigert**, Krailling,

den 70. Geburtstag: Bürgermeister **Jürgen Petrautzki**, Neustadt b. Coburg, Bürgermeister **Wolfgang Will**, Vaterstetten,

den 65. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Robert Herrmann**, Ebern,

den 60. Geburtstag: Erster Bürgermeister **Franz Schedlbauer**, Bogen, Mitglied im Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder des Bayerischen Städtetags,

den 50. Geburtstag: Stadtrat **Klaus Peter Rupp**, München, Mitglied im Gesundheitsausschuss und Kulturausschuss des Bayerischen Städtetags.

## Kurs Gewässerunterhaltung DWA-Landesverband Bayern

Der DWA-Landesverband Bayern bietet wieder den Grundlagenkurs „ökologisch orientierte Gewässerunterhaltung“ an. Er findet vom 19. bis 23. Mai 2014 im Schloss Spindlhof in Regenstauf statt. Er richtet sich an die Mitarbeiter von Kommunen, Wasser- und Bodenverbänden, Landschaftspflegeverbänden und Unterhaltungszweckverbänden sowie staatlichen Fachbehörden und Ingenieurbüros ebenso wie von Vereinen und Verbänden aus dem Umweltbereich.

Ziel des Kurses ist es, fachliche und rechtliche Grundlagen zu vermitteln, über Neuigkeiten zu informieren. Es geht um Erfahrungsaustausch untereinander und einen Ausblick auf die Unterhaltung und den Ausbau von Gewässern. Im Rahmen von zwei Exkursionen wird der praktische Teil vermittelt. Schwerpunkte des Kurses sind unter anderem rechtliche Grundlagen, Gewässerpflege und Gewässerentwicklung, Verkehrssicherungspflicht, Arbeitsschutz, Handhabung von Maschinen, Durchgängigkeit von Fließgewässern und Hochwasserschutz.

Die Einladung steht im Internet unter [www.bay-staedtetag.de](http://www.bay-staedtetag.de), Mitgliederinformationen, Fachinformationen, Rubrik: „Umwelt, Gesundheit, Verbraucherschutz“, Stichwort: Gewässerschutz, zum Download bereit. Nähere Einzelheiten und Anmeldemöglichkeiten stehen auf der Homepage des DWA-Landesverbandes: [www.dwa-bayern.de](http://www.dwa-bayern.de).

Kontakt: [claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de](mailto:claudia.ganslmeier@bay-staedtetag.de)

## Ausschreibung Wettbewerb LITERATUR UPDATE 2014

Die Literaturstiftung Bayern schreibt im Rahmen des bayernweiten Musik-Festivals LOKAL-KLANG (eine Initiative von Stadtkultur Netzwerk Bayerischer Städte) (Mai bis Juli 2014) den Literaturwettbewerb LITERATUR UPDATE aus. Teilnahmeberechtigt sind Autorinnen und Autoren bis 35 Jahre mit biografischem Bezug oder Werksbezug zu Bayern.

Das Thema des Wettbewerbs läuft unter dem Titel HEIMATKLÄNGE – HEIMAT KLÄNGE. Eingereicht werden können bis zum 31. März 2014 Liedtexte, Lyrik, Kabarett- oder Slam Poetry-Texte, die in der Tradition des politischen Lieds oder des volkstümlichen Brettls einen frischen Blick auf die bayerische Gesellschaft und die damit verbundenen Heimatgefühle werfen.

Die Literaturstiftung möchte junge Autorinnen und Autoren darin bestärken, einen Beitrag zur Beschreibung der heutigen bayerischen Gesellschaft zu leisten. Sie sucht nach Texten mit politischem Inhalt, die auch ein utopisches Moment formulieren. Heimat klänge dann zum Beispiel so wie die Wettbewerbsbeiträge in einer vertonten Version – gesungen oder gesprochen. Gerne dürfen die Texte in Mundart, also in den aktuellen authentischen lokalen Klängen, und nicht immer Duden-gerechten Sprechweisen verfasst sein.

Kontakt: [www.literaturstiftung.de](http://www.literaturstiftung.de)



## Termine

- 04.02.2014 **Vorstand** in München
- 06.02.2014 **Pressekonferenz** in München
- 20.02.2014 **Bezirksversammlung Oberpfalz** in Regensburg
- 28.02.2014 **Schulausschuss** in München
- 28.02.2014 **Sozialausschuss** in München
- 10.03.2014 Arbeitskreis **Stadtarchive** in München
- 18.03.2014 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 20.03.2014 **Kulturausschuss** in München
- 20.03.2014 **Umweltausschuss** in Erlangen
- 25.03.2014 **Gesundheitsausschuss** in München
- 27.03.2014 Arbeitskreis **Finanzen** in Amberg
- 27./28.03.2014 **Finanzausschuss** in Amberg
- 31.03./1.04.2014 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in Rödental
- 02.04.2014 Arbeitskreis **Planen und Bauen** in München
- 08.04.2014 **Vorstand** in München
- 10.04.2014 **Pressekonferenz** in München
- 07.05.2014 **Forstausschuss** in Memmingen
- 09.05.2014 Arbeitskreis **Organisation** in München
- 20.05.2014 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München
- 23.05.2014 **Schulausschuss** in Würzburg
- 02.06.2014 **Bezirksversammlung Mittelfranken** in Rothenburg o. d. T.
- 02.06.2014 **Wirtschafts- und Verkehrsausschuss** in München

- 03.06.2014 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 05.06.2014 Arbeitskreis **Finanzen** in München
- 06.06.2014 **Finanzausschuss** in München
- 27.06.2014 **Sozialausschuss** in Nürnberg
- 08./9.07.2014 **Vorstand** in Altötting
- 09./10.07.2014 **BAYERISCHER STÄDTETAG** in Altötting
- 22.07.2014 **Vorstand (1. Konstituierende Sitzung) in München**
- 24.07.2014 **Pressekonferenz** in München
- 30.09.2014 **Ausschuss der kreisangehörigen Verbandsmitglieder** in München
- 07.10.2014 **Verwaltungs- und Rechtsausschuss** in München

*abgeschlossen am 21. Januar 2014*

## BAYERISCHER STÄDTETAG 2014

**am 9. und 10. Juli 2014 in Altötting**

### Neukonstituierung des Bayerischen Städtetags

Am Mittwoch, **9. Juli**, treffen sich am Vormittag CSU, SPD und 3. Gruppe zu ihren Besprechungen, anschließend findet am Nachmittag die interne Vollversammlung mit den Wahlen zum Vorstand und den Vorsitzenden statt. Am Abend lädt die Stadt Altötting zum Empfang.

Am Donnerstag, **10. Juli**, steht ab 9:00 Uhr u.a. die Ansprache des Städtetagsvorsitzenden auf dem Programm. Geplant ist eine Podiumsdiskussion (Moderation **Ursula Heller**, Bayerischer Rundfunk) und eine Rede des Bayerischen Ministerpräsidenten. Das Schlusswort spricht der 1. stellvertretende Städtetagsvorsitzende.